

BS-Beschluss öffentlich
B557-29/12

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 05/920
Erfassungsdatum: 15.10.2012

Beschlussdatum:
10.12.2012

Einbringer:
Bündnis 90 / Die Grünen

Beratungsgegenstand:

Wechsel des städtischen Strombezugs auf Ökostromprodukt der Stadtwerke Greifswald GmbH

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	14.11.2012	7.8	mit Änderungen	6	4	1
Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschuss	15.11.2012	6.7		4	6	2
Hauptausschuss	26.11.2012	3.26				
Bürgerschaft	10.12.2012	5.26		7	mehrheitlich	3

Egbert Liskow
Präsident

Beschlusskontrolle:	Termin:
Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschuss	01.02.2013

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Ja		

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befürwortet einen Wechsel vom bisher bezogenen Stromprodukt für die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude auf ein Ökostromprodukt der Stadtwerke Greifswald GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Der Wechsel kann etappenweise erfolgen. Die Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister auf, zur Erzielung eines kostengünstigen Angebotes unverzüglich mit den Stadtwerken Greifswald GmbH in Verhandlungen zu treten.

Sachdarstellung/ Begründung

Derzeit bezieht die Stadt für die Bewirtschaftung ihrer kommunalen Gebäude Strom aus konventioneller Erzeugung.

Es ist im Sinne der Energiewende, dass die Stadt Greifswald als Großabnehmerin zu einem Ökostromprodukt der Stadtwerke Greifswald GmbH wechselt.

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte die Stadtverwaltung mit, dass der Wechsel auf Ökostrom die Stadt jährlich maximal 30.000 Euro mehr kosten könnte.

Niedrigere Kosten liegen aber noch im Verhandlungsspielraum mit den Stadtwerken.

Der Wechsel soll für beide Seiten vertretbar erfolgen, ggfs. auch etappenweise, z.B. mit Einzelverträgen für Neubauten wie das Stadthaus oder die Kollwitz-Grundschule. Die genauen Modalitäten sind zwischen den Vertragspartnern Stadt Greifswald und Stadtwerke Greifswald auszuhandeln.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, darüber unverzüglich mit den Stadtwerken GmbH in Verhandlungen zu treten.

In den Ausschusssitzungen von Finanz- und Bauausschuss im März 2013 ist eine Beschlusskontrolle vorgesehen.